

Traktandum 1: Beschlussprotokoll

Delegiertenversammlung vom 25. Juni 2011, Stadttheater Olten

Vorsitz: Christian Levrat
Protokoll: Ruth Straubhaar
Anwesend: 177 Delegierte

1. Eröffnung

Die Delegiertenversammlung wird von **Marina Carobbi**, Vizepräsidentin der SP Schweiz eröffnet. Es folgten Grussadressen und Willkommensreden von **Peter Gomm**, Regierungsrat Solothurn, und von **Bea Heim**, Nationalrätin Solothurn.

Wahl der StimmzählerInnen

Beschluss: Es werden folgende StimmzählerInnen gewählt: Stefan Luethi, Daniela Gerspacher, Christine Löhner, Philipp Jenni, Theresa Augusto, Werner Bächtold, Herbert Enz, Rolf Wendelspiess, Christa Stahel, Marianne Ott, Michelle Stirnimann.

StellvertreterInnen: Daniel Demuth, Peter Schafer, Marie-Louise Durrer, Graziella Wirth, Pierre-Yves Bosshard, Barbara Kern, Urs Kälin, Beat Haldimann, Ueli Graf, Christa Benz, Jonas Zürcher.

Tagesordnung:

Beschluss: Die aktualisierte Traktandenliste gemäss Tischvorlage wird genehmigt.

Protokoll der DV vom 29. Mai 2010 in Frauenfeld

Beschluss: Das Protokoll wird mit bestem Dank an die Verfasserin, genehmigt

2. Mitteilungen

Der Apéro am Schluss der Delegiertenversammlung wird von der Stadt Olten offeriert.

3. Rede Christian Levrat

Das Referat von Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz zum mit dem Titel „“ kann unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

4. Millionen-Erbchaften besteuern für unsere AHV“

Das Referat zur Vermögensverteilung von Hans Kissling, Ökonom Zürich und Autor des Buches „Reichtum ohne Leistung“ kann unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

Das Referat von Ursula Wyss, zur Unterstützung und Lancierung der Initiative „Millionen-Erbchaften besteuern für unsere AHV“ kann unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

Die Geschäftsleitung beantragt die Unterstützung zur Lancierung der Volksinitiative „Millionen-Erbchaften besteuern für unsere AHV“ und beteiligt sich aktiv an der Sammlung.

Beschluss: Die Delegiertenversammlung beschliesst einstimmig (ohne Gegenstimme oder Enthaltungen) die Unterstützung zur Lancierung der Volksinitiative „Millionen-Erbchaften besteuern für unsere AHV“ und wird sich aktiv an der Unterschriftensammlung beteiligen.

Papier der Geschäftsleitung zur ungerechten Vermögens- und Einkommenssituation in der Schweiz

A-1 SP Frauen Schweiz

Ergänzung der Massnahmen (Seite 10) mit folgendem **Zusatzpunkt:**

6. Lohngleichheit für alle: Für eine gerechte Einkommenssituation in der Schweiz braucht es die Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“. Die Lohnungleichheit und der Geschlechterdiskriminierende Anteil haben sogar seit der letzten Lohnstrukturerhebung 2008 wieder zugenommen. Er beträgt im privaten Sektor 24,1 Prozent, wobei 9,4 Prozent direkt aufgrund des Geschlechts diskriminierend sind. Die Diskriminierung ist je nach Region unterschiedlich, jedoch im Osten am grössten und im Westen am kleinsten. Im öffentlichen Sektor hat sich die Situation leicht verbessert. Der Lohnunterschied beträgt auch im öffentlichen Sektor 16,5 Prozent.. Das Prinzip muss endlich verbindlich und transparent umgesetzt werden, die Zeit der Freiwilligkeit ist endgültig vorbei. Deshalb soll eine Behörde mit Untersuchungs- und Durchsetzungskompetenz geschaffen werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Resolution wird einstimmig angenommen.

Verabschiedung Positionspapier „Gerechtere Verteilung der Vermögen“

Ein Land mit Volksvermögen für alle statt Milliarden für wenige

Die Schweiz ist ein Land von Millionären: Rund 222 000 Personen haben gemäss der Reichtumsstudie von Ueli Mäder ein Vermögen von mindestens einer Million Franken auf der Seite. Laut «Bilanz» hat sich das Vermögen der 100 Reichsten im Land in den letzten 20 Jahren mehr als verfünffacht – von 66 Milliarden Franken 1989 auf 358 Milliarden Franken 2009. Dabei liegen die zehn Topvermögen zwischen 6,5 und 35,5 Milliarden.

Zudem erzielen rund 3000 EinwohnerInnen ein Jahreseinkommen, das über 1 Million Franken liegt – vor 15 Jahren waren es mit 500 noch sechsmal weniger. Die 40'000 bestbezahlten Personen erhöhten ihre Reallöhne in den letzten Jahren um über 20 Prozent. Zur Erinnerung: Der Medianlohn liegt bei rund 5800 Franken und in einzelnen Branchen wird für Vollzeitjobs immer noch

unter 3000 Franken bezahlt. Und diese Löhne wuchsen während der letzten Jahre real nur rund 2 bis 4 Prozent und somit deutlich weniger als das Produktivitätswachstum.

Auch der Mittelstand wird in dieser Entwicklung abgehängt: Während die Reallöhne der TopverdienerInnen (0,5% obersten Einkommen) sich zwischen 1998 und 2008 um 28 Prozent zunahm, wuchs der durchschnittliche Reallohn nur 10 Prozent. Das real verfügbare Einkommen vieler mittleren und unterer Einkommen stagniert insbesondere wegen der zunehmenden Miet- und Wohnkosten sowie der konstant steigenden Krankenkassenprämien.

Geld auf die hohe Kante zu legen, wird somit für den Grossteil der Menschen reines Wunschdenken. Und dadurch verschärft sich auch die Vermögenssituation in der Schweiz immer mehr: Ein Prozent der Wohnbevölkerung in der Schweiz besitzt so viel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent. Nur in Namibia und Singapur ist die Ungleichheit noch grösser. Die kleine Minderheit von Reichen und Superreichen hat dabei in den letzten Jahren ihren Anteil an den Gesamtvermögen massiv erhöht. Doch damit nicht genug: Die Ungleichheit wächst immer weiter. Von den rund 40 Milliarden Franken, die im Jahr 2010 vererbt wurden, gehen mehr als die Hälfte an MillionärInnen. Wer schon hat, dem wird nochmals gegeben.

Auch künftig wird es in der Schweiz viel zu erben geben. Laut Reichtums-Studie besitzt derzeit die Generation der über 65-Jährigen mehr als die Hälfte der privaten Vermögenswerte im Land. Rund 178'000 Personen werden voraussichtlich in den nächsten 30 Jahren mindestens eine Million Franken – oder zusammen fast eine Billion Franken – erben. Rund 50 Personen werden voraussichtlich eine Erbschaft von mehr als einer Milliarde Franken zugesprochen erhalten. Daher erstaunt es auch nicht, dass von den 300 reichsten SchweizerInnen die Hälfte durch Erbschaften reich geworden ist.

Gleichzeitig erhalten die gleichen Reichen immer wieder weitere Steuergeschenke:

- bei der Erbschaft, die in fast allen Kantonen für die direkten Nachkommen steuerfrei ist,
- bei der privilegierten Dividendenbesteuerung und bei jährlichen Steuervergünstigungen von 21 Milliarden Franken, wovon insbesondere ImmobilienbesitzerInnen profitieren,
- mit einer kontinuierlichen Umlagerung von direkten Steuern auf Gebühren, indirekte Steuern und Kopfprämien, bei der immer die obersten Einkommen und Vermögen gewinnen,
- durch eine permanente Steuersenkungspolitik, die zu Lasten der staatlichen Leistungen geht und im alleinigen Interessen der grossen Einkommen und Vermögen ist.

Während die unteren und mittleren Einkommen real stagnieren, vermehren sich die Grossvermögen eines neuen Geldadels automatisch – ohne eigene Leistung. Darunter leidet die Chancengleichheit, die Gesellschaft, die gleiche Leistung auch gleich belohnen will und am Ende auch die Demokratie, weil es der wirtschaftlichen Elite immer häufiger gelingt auch die öffentliche Meinung zu kaufen.

Es kommt hinzu, dass die Konzentration des Reichtums an den Ufern des Zugersees, des Zürichsees oder Genfersees für die übrigen BewohnerInnen ein ganz konkretes Problem wird: In diesen bevorzugten Wohnregionen der städtischen Ballungszentren führt die starke, durch die Einwanderung von vermögenden Ausländern zusätzlich angeheizte Nachfrage nach Wohnraum zu explodierenden Miet- und Immobilienpreisen. Untere und mittlere Einkommen werden aus diesen Wohngebieten ausgegrenzt und zum Wegzug gezwungen. Und statt dieser Situation entgegen zu wirken, fördert die bürgerliche Tiefsteuerpolitik diese Entwicklung noch gezielt.

Dieses Perpetuum mobile der Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden. Die SP verlangt folgende Gegenmassnahmen:

1. **Nationale Erbschaftssteuer:** Eine nationale Erbschaftssteuer muss auch für direkte Nachkommen als fairstes und effizientestes Besteuerungsmodell eingeführt werden. Mit einem Freibetrag von 2 Millionen Franken wird mehr soziale Gerechtigkeit garantiert. Zudem soll mit zusätzlichen Freibeträgen die Weiterführung von KMU sichergestellt werden. Die zusätzlichen Einnahmen kommen direkt der AHV und somit der gesamten Bevölkerung zugute.
2. **Stopp der Pauschalbesteuerung:** Die Pauschalbesteuerung von reichen AusländerInnen wird für die ganze Schweiz abgeschafft. Unser Land soll kein Fluchtort für Multimillionäre und Milliardäre sein, die sich nur zur Steueroptimierung bei uns niederlassen.

3. **Mindestlöhne für alle:** Alle Löhne müssen durch Mindestlöhne geschützt werden. Dazu braucht es entweder Gesamtarbeitsverträge oder ein gesetzlicher nationaler Mindestlohn von 22 Franken/Stunde, wie es die Mindestlohn-Initiative vorsieht. Und es braucht auch eine Beschränkung gegen oben, wie das die 1:12-Initiative fordert.
4. **Kein ruinöser Steuerwettbewerb:** Der ruinöse kantonale Steuerwettbewerb geht zu Lasten der unteren und mittleren Einkommen und läuft dem Solidaritätsgedanken zuwider. Tiefsteuertkantone, die mit Dumping-Steuern Grossverdiener und Unternehmer aus den Zentrumsregionen weglocken, sollen nicht mehr Finanz- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen profitieren. Das Ziel einer Mindestbesteuerung von hohen Einkommen und Vermögen muss auch nach der Ablehnung der Steuergerechtigkeitsinitiative weiterverfolgt werden.
5. **Keine Steuergeschenke für Wohneigentum:** Die Steuervergünstigungen zugunsten von Wohneigentum müssen massiv reduziert. Der Kauf einer eigenen Liegenschaft ist für hohe Einkommen immer mit einer massiven Senkung der Steuerlast verbunden. Diese Begünstigung der Vermögenden ist ohne Berechtigung. Diese Mittel sollen stattdessen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus eingesetzt werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Positionspapier zur gerechteren Verteilung der Vermögen wird einstimmig gutgeheissen.

5. Talk mit Bundesrätin Simonetta

Die Diskuission wird durch Emil Lehmann, bekannt als Radio-Journalist und Talk-Leiter des Tagesgespräch auf DRS I, geleitet.

Die vier Diskussionsteilnehmenden sind: Florence Nater, Nationalratskandidatin, NE, Martin Naef, Nationalratskandidat, ZH, Reto Wyss, Nationalratskandidat, BL, Franziska Roth, Nationalratskandidatin SO.

Der Talk mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga kann unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

7. Statutarische Geschäfte: Reglement SP Frauen

Maria Roth Bernasconi, Nationalrätin GE und Co-Präsidentin der SP Frauen spricht sich in einer Rede (diese kann unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden) für die Resolution der SP Frauen und gegen den Rückweisungsantrag aus. Sie betont, wie wichtig die Gleichstellungspolitik ist und möchte, dass die SP Frauen mehr Ressourcen für diese Arbeit erhält.

Resolution SP Frauen Schweiz: Die Gleichstellung stärken – für alle!

Die SP Schweiz bezeichnet sich selbst als Gleichstellungspartei und trägt der Bedeutung der Gleichstellung in ihren Statuten Rechnung, indem sie sich nach Artikel 1.3 der Statuten „parteiintern wie auch in ihrer öffentlichen Arbeit für die Gleichstellung von Frau und Mann ein(setzt) und systematisch den Blickwinkel und die Bedürfnisse beider Geschlechter in ihre Politikfelder sowie in ihre Entscheidungen einbezieht. Dafür stellt sie die geeigneten Mittel und Ressourcen zur Verfügung.“

Der Weg von den Statuten zur Realität ist ähnlich weit, wie derjenige des Verfassungsgrundsatzes zur umgesetzten Lohngleichheit. Es fehlt nicht an Worten, aber an Verbindlichkeit. Wenn wir uns für eine soziale und gerechte Gesellschaft für alle einsetzen, muss die Gleichstellung der Geschlechter im Zentrum stehen. Sie muss mit Herzblut diskutiert und umgesetzt werden können und nicht zur leeren Hülle verkommen, weil dies der politischen Korrektheit entspricht.

Die SP Frauen Schweiz unterstützen die Bestrebungen, die Gleichstellungspolitik wieder ins Zentrum der Partei zu rücken und sprechen sich für die dafür nötigen Ressourcen aus. Sie sind jedoch nicht bereit, die eigenen Ressourcen für die Gleichstellungspolitik der Partei zur Verfügung zu stellen. Die SP Frauen vertreten nämlich einen feministischen Ansatz, der die Diskriminierung an Frauen auf der strukturellen Ebene bekämpft, wie das auch das Frauenrechtsabkommen CEDAW tut. Das ist ein Teil einer Gleichstellungspolitik, die auch aus anderen Teilen bestehen muss, wenn sie einem umfassenden Ansatz, wie ihn die Statuten im Artikel 1.3. aufnehmen, entsprechen soll. Deshalb beantragen die SP Frauen Schweiz die Verdoppelung des Budgets für die Gleichstellungspolitik, damit Gefässe geschaffen werden können, die für alle zugänglich sind und damit diese auch nach neusten wissenschaftlichen Studien begleitet werden können. Denn Gleichstellung geht uns alle an! Sowohl in der Überzeugung, wie auch in den Mitteln und Ressourcen!

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten GL-Resolution

Die SP Frauen ziehen ihre Resolution zugunsten der GL-Resolution zurück.

Andrea Arezina spricht über den Rückweisungsantrag. Sie betont, dass eine Gesellschaft der Gleichstellung nur gemeinsam erreicht werden kann. Deshalb soll dieses Thema "nicht länger an eine Gruppe delegiert werden".

A-2 Rückweisungsantrag

Wir, eine Gruppe junger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, erkennen uns heute im Jahr 2011 in einer Gleichstellungspolitik, wie sie aus dem Reglement der SP Frauen Schweiz hervorgeht, nicht wieder. Deshalb beantragen wir der DV der SP Schweiz vom 25. Juni 2011, das Reglement der SP Frauen Schweiz zurückzuweisen, um den Weg für eine neue Gleichstellungspolitik der SP zu ebnen.

Wir können dem Reglement in seiner heutigen Form aus folgenden drei Gründen nicht zustimmen:

1. Die SP Schweiz delegiert die Gleichstellungspolitik an die SP Frauen und stiehlt sich aus der Verantwortung. Gleichstellung wird so zum ausschliesslichen Frauenproblem erklärt und damit zu einem Randthema für die Partei. Das ist falsch, denn Gleichstellung gehört ins Herz der sozialdemokratischen Politik.
2. Männern ist der Zutritt zu den SP Frauen und somit zum Gremium, das die Gleichstellungspolitik der SP Schweiz gestaltet, verwehrt. Gleichstellung betrifft aber sowohl Frauen als auch Männer. Die Gleichstellungspolitik der SP Schweiz geht uns alle etwas an.
3. Gleichstellungspolitik ist nicht dasselbe wie parteiinterne Frauenförderung. Die SP Schweiz muss beide Themen gesondert angehen.

Die Gründung der SP Frauen zu Beginn des letzten Jahrhunderts war notwendig: Damals politisierten die Frauen in der SP als krasse Minderheit und mussten sich in der männerdominierten Partei ihre Anerkennung hart erkämpfen. Unsere Wertschätzung für diesen Kampf und die historischen Errungenschaften des Feminismus und der Frauenbewegung des letzten Jahrhunderts ist riesig. Wir haben das Privileg, heute in einer Gesellschaft zu leben, die darauf aufbauen kann. Und wir fordern nun, dass in der grössten linken Partei der Schweiz die Gleichstellungspolitik nicht mehr ausschliesslich von Frauen betrieben werden soll.

Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik darf sich auch nicht nur auf rechtliche Regelungen, Abkommen und Strukturen in Wirtschaft und Politik beschränken: Wir wollen die Gesellschaft ändern und nicht nur die Gesetze. Wir wollen nicht die Geschlechtergegensätze zementieren, sondern wir wollen uns gemeinsam engagieren und Verantwortung übernehmen für eine Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Unsere Politik muss die Voraussetzungen schaffen, damit

die Menschen selbstbestimmt über ihre Identität und ihren Platz in der Gesellschaft entscheiden können.

Uns interessiert nicht die Frage, ob nun Männer oder Frauen stärker diskriminiert werden; nicht die Frage, ob Frauen bessere Managerinnen sind als Männer; und auch nicht, ob ein Kind besser bei Mutter oder Vater aufgehoben ist. Das sind Scheindiskussionen, die nirgends hinführen und vom eigentlichen Problem ablenken. Bei der Gleichstellung geht es nicht um einen Konflikt zwischen Mann und Frau, sondern um einen Kampf zwischen denen, die von der Unfreiheit und Ungleichheit profitieren und uns, die sich für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen einsetzen. Unser Ziel ist es, gemeinsam einen Prozess anzustossen, der Antworten auf offene Fragen findet und eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik für das 21. Jahrhundert formuliert. Deshalb beantragen wir, das Reglement der SP Frauen zurückzuweisen und gleichzeitig ein geeignetes Gefäss zu schaffen, damit diese neue Gleichstellungspolitik unter Einbezug aller Interessierten jeglichen Alters und Geschlechts diskutiert und aufgegleist wird.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten GL-Resolution

Die Gruppe des Rückweisungsantrags unterstützt die Resolution der GL und zieht ihren Rückweisungsantrag zurück.

Resolution der Geschäftsleitung

„Gleichstellung geht uns alle an - Strategie für eine wirkungsvolle Gleichstellungspolitik“

Die SP Schweiz ist die Gleichstellungspartei schlechthin. Ohne den unermüdlichen Einsatz sozialdemokratischer Frauen und Männer wäre die Schweiz gesellschaftlich, sozial, kulturell, wissenschaftlich und wirtschaftlich rückständig.

Nach dem gemeinsamen Kampf ums Frauenstimmrecht bildeten sich verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung heraus. Unterschiedliche Ziele wurden auf unterschiedlichen Wegen verfolgt. In der Sozialdemokratie setzte sich die Frauenbewegung mit einem kämpferischen Stil und klaren Forderungen nach Teilhabe an der Macht durch und war damit erfolgreich. Sowohl was die Spitzenpositionen der Partei betrifft als auch bei der Vertretung in den Fraktionen und der Präsenz der Frauen in allen relevanten Politikfeldern zeigt der hartnäckige Kampf für die tatsächliche Gleichstellung Erfolge.

Weniger erfreulich ist die Bilanz der Gleichstellungspolitik ausserhalb der Partei. Zahlenmässig sind die Frauen in Machtpositionen immer noch deutlich untervertreten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, resp. Ausbildung ist für Eltern nach wie vor sehr schwierig. Die fehlende Lohngleichheit ist ein Betrug an den Frauen und gleichzeitig ein Hindernis zur gerechten Aufgabenteilung zwischen Frau und Mann. Dabei ist unübersehbar, dass die Gleichstellungspolitik mit der Sozialen Frage einhergeht. Soziale Not, Gewalt, mangelnde Ausbildung, fehlender Zugang zu Einkommen und fehlende Selbstbestimmung haben sehr oft ein weibliches Gesicht.

Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik muss die Voraussetzungen schaffen, damit die Frauen und Männer selbstbestimmt über ihre Identität und ihren Platz in der Gesellschaft entscheiden können. Dafür wollen wir uns gemeinsam engagieren und Verantwortung übernehmen für eine Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Linke Gleichstellungspolitik ist feministische Gleichstellungspolitik. Als eine der wichtigsten Befreiungs- und Emanzipationsbewegungen der Menschheitsgeschichte fordert der Feminismus, dass Frauen und Männer frei und gleichberechtigt über ihre Lebensführung und Lebensgestaltung entscheiden können.

Damit ist klar: Wer die Forderung nach Selbstbestimmung ernst nimmt, muss auch bereit sein, die Wege und Methoden, mit der diese Selbstbestimmung eingefordert wird, immer wieder neu zu überdenken.

Antrag der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung beantragt den Entscheid über die Revision des Reglements der SP Frauen auszusetzen. Es wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Parteipräsidiums eingesetzt, die sowohl Inhalte, als auch Fragen der Strukturen und Methoden für eine wirkungsvolle Gleichstellungspolitik erarbeiten. Die Resultate sollen an einer Tagung diskutiert und zuhänden der Partei verabschiedet werden. Spätestens Mitte Juni 2012 wird die Partei über die neue Strategie entscheiden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Mit grossem Mehr, bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wird dem Antrag der Geschäftsleitung zugestimmt.

8. Gerecht und günstig: Initiative für eine öffentliche Krankenkasse

Heidi Hanselmann, Regierungsrätin St.Gallen, Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes spricht für die Initiative aus. Das Referat kann unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

In einem zweiten Referat spricht sich *Stéphane Rossini*, Nationalrat VS und Vizepräsident der SP Schweiz für die Initiative aus. Dieses kann unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

Resolution der GL zum Prämienwachstum in der Krankenversicherung

Schluss mit dem ungebremsten Prämienwachstum

Per 2012 erwarten uns wiederum massive Prämienhöhungen, in einigen Kantonen werden es um 10% und mehr sein. Insbesondere Haushalte mit mittleren Einkommen und ohne Anspruch auf Prämienverbilligung leiden unter den stark wachsenden Krankenkassenprämien. Mit dem unkontrollierten Prämienwachstum muss Schluss sein! Nebst Kosteneinsparungen durch die Senkung der Medikamentenpreisen, durch eine bessere Koordination der Spitzenmedizin und durch die Förderung der integrierten Versorgung müssen sich Bund und Kantone in der Finanzierung der Gesundheitsausgaben stärker engagieren. Die Prämienverbilligungen müssen ausgebaut und bei der Spitalfinanzierung muss nachgebessert werden. Mit der öffentlichen Krankenkassen schaffen wir die Basis, um die steigenden Krankenkassenprämien auch längerfristig in den Griff zu bekommen.

Der überwiegende Teil des 2012 erwarteten Prämienanstiegs ist auf die bürgerliche Sparpolitik zurück zu führen. In keinem anderen OECD Land trägt die öffentliche Hand so wenig an die Gesundheitsausgaben bei wie in der Schweiz. Anstatt die Prämienverbilligungen auszubauen und ihren Anteil an der Spitalfinanzierung zu erhöhen, wälzen Bund und Kantone auf Druck der bürgerlichen Sparallianz immer mehr Kosten auf die soziale Krankenversicherung und damit auf die Krankenkassenprämien ab. Das schont die Haushalte mit hohen Einkommen und belastet die weniger Verdienenden umso mehr. Der Bundesrat formulierte in seiner Botschaft zum Krankenversicherungsgesetz das Sozialziel, wonach der Anteil der Krankenkassenprämien am Haushaltseinkommen 8 Prozent nicht überschreiten darf. Dieses Sozialziel wird bei vielen Haushalten schon lange nicht mehr erreicht.

Die Krankenkassen verhindern mit ihrem Pseudo-Wettbewerb eine sinnvolle Strategie zur Kostensenkung. Anstatt sich um eine koordinierte Betreuung und Begleitung der PatientInnen zu bemühen, investieren die Krankenkassen 200-400 Werbemillionen in die Jagd nach „guten Risiken“. Sie interessieren sich nur für junge und gesunde Kundschaft. Diese Risikoselektion erschwert eine bedürfnisgerechte Versorgung der älteren und chronisch kranken Menschen, deren Zahl in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Das Fehlen von koordinierten Versorgungsprogrammen hat nicht nur Qualitätseinbussen zur Folge, sondern begünstigt auch ein ungebremstes Kostenwachstum. Für die Neuorientierung in Richtung einer kostengünstigen, be-

dürfnis- und qualitätsorientierten Gesundheitsversorgung gibt es eine sinnvolle Alternative: Die öffentliche Krankenkasse.

Die öffentliche Krankenkasse macht Schluss mit dem ungebremsen Prämienwachstum.

Statt Dutzenden von hochbezahlten Managern, Verwaltungs- und Stiftungsräten braucht es eine öffentliche Krankenkasse mit Niederlassungen in allen Kantonen. Die öffentliche Krankenkasse hilft die Prämienspirale zu durchbrechen, denn

- sie erspart den Prämienzahlenden mehrere hundert Werbemillionen für die Jagd nach guten Risiken
- sie kann Managerlöhne und Verwaltungskosten auf ein Minimum reduzieren
- sie sorgt mit koordinierten Programmen für eine bedürfnisgerechte und zugleich kostengünstige Gesundheitsversorgung
- sie hat ein Interesse daran, Prävention und Gesundheitsförderung zu stärken
- sie macht die Kostenkontrolle einfacher und effizienter.

So kommt die Prämienspirale zum Stillstand:

- Bund und Kantone kostensenkende Massnahmen wie Senkung der Medikamentenpreise, Planung der Spitzenmedizin und Förderung der integrierten Versorgung durch.
- **Bund und Kantone verstärken ihr Engagement bei der Finanzierung der Gesundheitsausgaben.** Mittels Prämienverbilligungen und stärkerer Beteiligung an der Spitalfinanzierung sorgen sie dafür, dass das Sozialziel erreicht wird, wonach die Krankenkassenprämien 8 Prozent des Haushalteinkommens nicht überschreiten dürfen.
- **Die soziale Krankenversicherung wird künftig über eine öffentliche Krankenkasse abgewickelt.** Die SP hat zusammen mit weiteren Organisationen die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse lanciert.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird einstimmig gutgeheissen.

9. Menschen aus aller Welt: Stärkung der politischen und organisatorischen Zusammenarbeit

Christian Levrat erläutert in einer kurze Einführung das Anliegen. Die SP ist für Doppelbürgerinnen und Doppelbürger, aber auch für die rund 2 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, die in der Schweiz leben, die erste Anlaufstelle für politische Anliegen und Interessen. Es ist Aufgabe der SP, mit diesen Menschen aus aller Welt vermehrt zusammenzuarbeiten.

Es folgten Kurzvoten von:

- Michele Schiavone, Generalsekretär des Partido Democratico (PD) der Schweiz
- Mustafa Atici, Grossrat Basel-Stadt, NR-Kandidat
- Ylfete Fanaj, Kantonsrätin Luzern, NR-Kandidatin und Präsidentin Secon@s Plus
- Louis Lepioufle, Fédération des Français à l'Étranger du Parti Socialiste Français

Resolution der Geschäftsleitung

Menschen aus aller Welt in der Schweiz, SchweizerInnen in aller Welt:

Für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen progressiven Parteien und Organisationen aus unterschiedlichen Herkunftsstaaten

Immer mehr Schweizer und Schweizerinnen üben ihr Stimm- und Wahlrecht gleichzeitig in einem anderen Staat aus, unabhängig davon, ob sie in der Schweiz oder im Ausland wohnen. Denn immer mehr Menschen sind Bürger und Bürgerinnen von zwei oder mehr Staaten. Von 695'000 AuslandschweizerInnen haben 502'000 eine zweite Staatsbürgerschaft. Auch viele, die sich in der Schweiz

neu einbürgern lassen, nutzen die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft. Von 1970 bis 2010 bürgerte die Schweiz über 862'000 Personen ein; gegen die Hälfte dürfte ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft beibehalten haben – wie viele genau, ist nicht bekannt. Insgesamt haben in der Schweiz 30 Prozent aller Menschen über 15 Jahren einen Migrationshintergrund, das sind rund 1.9 Millionen. Umgekehrt nehmen 136'000 im Ausland wohnhafte Personen ihr Stimm- und Wahlrecht auch in der Schweiz wahr. Das sind gleich viele wie in einem mittelgrossen Kanton: 13 Kantone haben weniger Stimmberechtigte als die „fünfte Schweiz“.

Die politische und organisatorische Arbeit der SP Schweiz muss dieser gesellschaftlichen Entwicklung hin zu politischen und kulturellen Mehrfachidentitäten im globalisierten 21. Jahrhundert Rechnung tragen. Die Delegiertenversammlung ruft deshalb alle Sektionen, Kantonalparteien und die Organe der SP Schweiz auf, namentlich folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Die **Mehrfachmitgliedschaft** in der SP Schweiz und in Mitgliedsparteien der SP Europa (SPE) und der Sozialistischen Internationale wird gezielt gefördert, namentlich durch den gegenseitig Austausch von Adressen und die Durchführung gemeinsamer Kampagnen zur Mitgliederwerbung.
2. Die SP stärkt auf allen Ebenen die **Zusammenarbeit** mit Kulturvereinen von MigrantInnen und mit Schwesterparteien, die in der Schweiz mit eigenen Sektionen aktiv sind. Sie greift deren innen- und aussenpolitische Forderungen nach Möglichkeit auf und stellt auf organisatorischer Ebene Foren zur Verfügung, um Themen des gemeinsamen Interesses zu erarbeiten und politisch durchzusetzen – in Form gemeinsamer Veranstaltungen, wechselseitiger Hinweise auf wichtige Forderungen und Ereignisse und die gegenseitig Unterstützung von politischen Kampagnen von gemeinsamem Interesse.
3. Die SP fördert **die politische Integration von Personen mit Migrationshintergrund**, stellt ihnen in politischen Leitungsgremien, auf Wahllisten und bei öffentlichen Auftritten attraktive Positionen zur Verfügung und bietet bei Abstimmungen und Wahlen in möglichst zahlreichen Sprachen konkrete Hilfestellungen an. Niedergelassene AusländerInnen sollen auf allen Ebenen ihre politischen Rechte wahrnehmen können.
4. Die SP will ihre Kontakte auch mit jenen verstärken, die sich vorübergehend oder dauerhaft im Ausland aufhalten. Sie bietet den **AuslandschweizerInnen** bei Wahlen attraktive Listen an und stärkt die internationale Sektion, in welcher im Ausland lebende SozialdemokratInnen organisiert sind. AuslandschweizerInnen sollen ihre politischen Rechte erleichtert wahrnehmen können, namentlich durch die flächendeckende Einführung des E-Voting und das Recht, auch an Ständeratswahlen teilzunehmen. Die politische Repräsentanz der AuslandschweizerInnen in der Schweiz soll verstärkt werden, namentlich durch eine eigene Vertretung im Ständerat. Zudem soll der Bund die politischen Parteien darin unterstützen, sich direkt an die fünfte Schweiz zu wenden. Die politische Kommunikation mit der fünften Schweiz (Schweizer Revue, Swissinfo etc.) muss erhalten und ausgebaut werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird mit grossem Mehr angenommen.

11. Statutarische Geschäfte

Rechnung 2010

Thomas Christen hält in seinem kurzen Votum fest, dass die Jahresrechnung 2010 einerseits durch die Finanzkommission der SP Schweiz und andererseits durch die externe Revisionsstelle der Bero Treuhand AG geprüft worden ist. Sie schliesst mit einem Gewinn von 13'138 Franken ab. Die Ausgaben hielten sich in etwa im Budget.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme der Jahresrechnung 2010

Beschluss der Delegiertenversammlung:

Die Jahresrechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) 2010 sowie der Prüfungsbericht wird, mit bestem Dank an Karin Mader, Finanzchefin SP Schweiz von der Delegiertenversammlung einstimmig angenommen.

Wahl Revisionsstelle

Antrag der Geschäftsleitung

Als Revisionsstelle für die Jahre 2011 und 2012 schlägt die Geschäftsleitung die bisherige BERO Treuhand AG in Gelterkinden, diese wird durch Roland Laube vertreten.

Begründung: Gemäss Statuten Art. 4 bst. r wählt die Delegiertenversammlung die Revisionsstelle. In den letzten Jahren hat die BERO Treuhand AG dieses Mandat übernommen. Wir haben bisher sehr gute Erfahrungen gemacht, deshalb schlagen wir sie zur Wiederwahl vor.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Bero Treuhand AG in Gelterkinden wird mit grossem Mehr, bei drei Gegenstimmen, als Revisionsstelle für die Jahre 2011 und 2012 gewählt. Diese wird – wie beantragt - durch Roland Laube vertreten.

12. Weitere Resolutionen

Resolution des Präsidiums

Runter mit dem starken Franken: Für eine Währungspolitik im Interesse des Arbeitsplatzes, der Lohnabhängigen und der KonsumentInnen

Der Franken ist in den letzten zwei Jahren gegenüber Euro und Dollar um fast 20 Prozent stärker geworden. Der Grund liegt in der anhaltenden Unsicherheit an den Finanzmärkten als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise und in der Spekulation. Den Preis zahlen die Exportwirtschaft inklusive Tourismus und die Arbeitnehmenden in den entsprechenden Sektoren.

Unternehmen drohen mit Stellenabbau oder der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Einzelne Patrons versuchen das Wechselkursrisiko auf ihre Angestellten abzuschieben, indem sie die Löhne an den Euro koppeln oder verlangen für den gleichen Lohn längere Arbeitszeiten. Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Währungsgewinne den KonsumentInnen und KMU nicht weitergegeben werden, sondern bei den Lieferanten, Importeuren und Verteilern versickern.

Skandalös ist, wenn jetzt der Bundesrat und die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Hände in den Schoß legen. Jetzt sind Taten gefragt! Das Problem ist seit Monaten bekannt. Die Erklärung des Bundesrates vom vergangenen Mittwoch zeigt: Er nimmt das Problem offenbar nicht ernst. Die SP verlangt für den Herbst eine ausserordentliche Session. Bis dann muss das Massnahmenpaket geschnürt sein.

Die SP verlangt von den Unternehmen, dass sie

- die Vereinbarungen mit den Sozialpartnern und die Arbeitsverträge einhalten,
- die Wechselkursgewinne beim Einkauf ihren KundInnen weitergeben.

Die SP verlangt vom Bundesrat und von der SNB

- die Durchsetzung eines für die Schweizer Wirtschaft tragbaren Euro-Franken-Kurses. Dazu braucht es einen Massnahmenkatalog mit Handlungsoptionen wie beispielsweise die Verteidigung eines Frankenkursziels oder eine Anbindung des Frankens an den Euro (analog Dänemark) sowie die Prüfung von Negativzinsen auf ausländischen Anlagen und eine Einschränkung des Kapitalverkehrs.
- eine Neuauflage und Ergänzung des Gentlemen's Agreements von 1976. Die Schweizer Banken müssen sich verpflichten, «offensichtlich spekulative Transaktionen gegen den Franken zu unterlassen».
- die umgehende Schaffung von gesetzlichen Grundlagen, damit Unternehmen ihre Kursgewinne beim Wareneinkauf offen legen und an die Konsumentinnen weitergeben müssen. Neue Durchsetzungsinstrumente für die Wettbewerbskommission und/oder den Preisüberwacher sind zu erarbeiten,
- dass die Zinsen weiterhin tief gehalten werden. Gleichzeitig müssen die SNB, die Finma und der Bundesrat die Kontrolle des Immobilienmarkts zur Verhinderung einer Immobilienblase verstärken.

Die SP akzeptiert nicht, dass das Währungsrisiko auf die Schwächsten überwältzt wird und die Lohnabhängigen einmal mehr die Kosten der Krise tragen sollen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird mit grossem Mehr angenommen, bei einer Enthaltung angenommen.

Schluss der Delegiertenversammlung: 15.45

Für das Protokoll: Ruth Straubhaar